



Zirkuläre Geschäftsmodelle. Deutschland soll klimaneutral werden. Damit dieser Wunsch bald Wirklichkeit wird, müssen Unternehmen deutlich stärker als bisher in Kreisläufen denken und so schonender mit Ressourcen umgehen. Auch Lieferanten und Kunden müssen einbezogen werden. Doch solche umfassenden zirkulären Geschäftsmodelle sind trotz des großen Erfolgspotenzials noch selten. Wie sich das ändern ließe, erläutern die IW-Ökonominen Sarah Fluchs und Adriana Neligan in ihrem Kommentar. —→ [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturprognose

Infolge der zusätzlichen Belastungen durch den Ukraine-Krieg wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr nur leicht wachsen – und selbst das ist keineswegs sicher.

—→ [Seiten 6-7](#)

Lehrkräfte

Schon heute fehlen in Deutschland viele Lehrerinnen und Lehrer. In den kommenden Jahren dürfte sich der Mangel noch verschärfen.

—→ [Seiten 14-15](#)

Kreislaufwirtschaft ist noch ausbaufähig



Zirkuläre Geschäftsmodelle. Damit die Wirtschaft in Deutschland möglichst bald klimaneutral wird, müssen die Unternehmen verstärkt Kreisläufe für Produkte und Materialien etablieren und auf diese Weise Ressourcen sparen. Bislang geht allerdings nur ein relativ kleiner Teil der Industriefirmen diesen Weg konsequent – obwohl Daten des IW-Zukunftspanels zeigen, dass Unternehmen mit zirkulären Strategien erfolgreicher sind.

Laut Bundesregierung soll Deutschland bis 2045 klimaneutral werden. Entsprechend drastisch müssen die Treibhausgasemissionen sinken. Die Wirtschaft und hier nicht

zuletzt die Industrie kann einen erheblichen Beitrag dazu leisten, indem sie weniger Rohstoffe verbraucht und Ressourcen möglichst schonend einsetzt. Dies gelingt umso

besser, je mehr Produkte, Materialien und Energie in einen Kreislauf überführt und wiedergewonnene Materialien so zu neuen Produkten verarbeitet werden.

Warum Unternehmen ihre Ressourcen effizienter einsetzen

Auf die Frage, ob sie mit der Steigerung der Ressourceneffizienz die genannten Ziele verfolgen würden, antworteten so viel Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland mit ...

Auf diese zirkuläre Geschäftsstrategie zahlen die Ziele ein

■ ... „trifft zu“ ■ ... „trifft eher zu“

Zielkategorie	Ziel	... „trifft zu“	... „trifft eher zu“
Kreisläufe schließen	Wiederverwertung	34	27
	Verbesserte Produktrückführung	27	22
	Verkauf von Nebenprodukten, Rest- und Abfallstoffen	20	20
Kreisläufe schaffen/ermöglichen	Verminderte Rohstoffabhängigkeit	25	30
	Verstärkter Einsatz von Recyclingmaterialien	21	24
	Verstärkter Einsatz alternativer/nachwachsender Rohstoffe	18	26
Kreisläufe verlängern	Wiederverwendung	33	27
	Erhöhung der Produktlebens-/nutzungsdauer	19	30
	Geringere Nutzungskosten für Abnehmer (z. B. durch Sharing)	15	32
Übergreifend	Geringere Herstellungskosten	63	25
	Abfallvermeidung	43	38
	Umweltschutz durch Ressourcenschonung	31	42
	Erschließung neuer Märkte/Geschäftsmodelle	21	39
	Senkung der Treibhausgasemissionen	21	30
	Vernetzung mit Akteuren der Wertschöpfungskette	12	20

Befragung von 479 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe Anfang 2020 im Rahmen des IW-Zukunftspanels; Zirkuläre Geschäftsstrategie: Strategie, um kreislauforientiertes Wirtschaften in Unternehmen zu integrieren oder auszubauen, indem Werte so lange wie möglich erhalten und Ressourcen geschont werden. Dabei soll die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

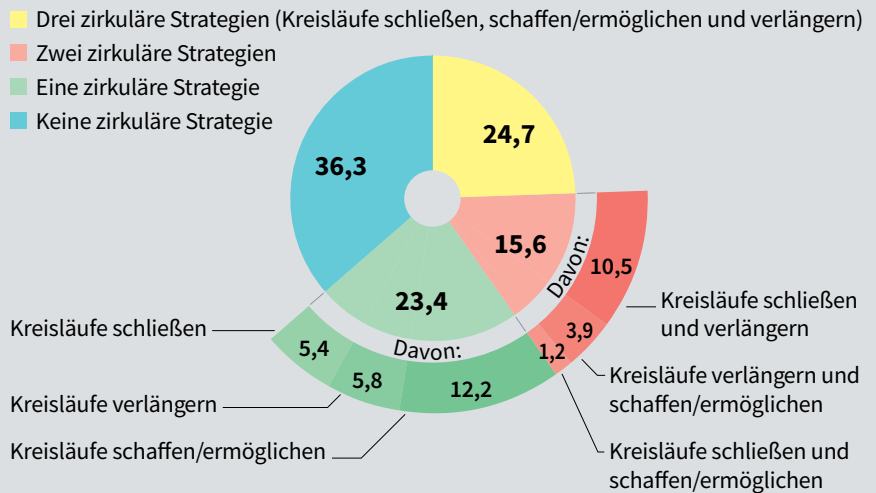
Erstrebenswert sind sogenannte zirkuläre Geschäftsmodelle, die Kreisläufe in Unternehmen, aber auch im Zusammenspiel mit Lieferanten und Kunden etablieren und dadurch den Wert von Produkten und Ressourcen so lange wie möglich erhalten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden.

Unternehmen, die ein zirkuläres Geschäftsmodell eingeführt haben oder einführen wollen, verfolgen eine Reihe von Strategien, die auf unterschiedliche Weise die Kreislaufwirtschaft fördern. Vier grundlegende zirkuläre Strategien lassen sich unterscheiden:

- **Kreisläufe schließen.** Hier geht es darum, Produkte am Ende ihres Lebenszyklus nicht einfach zu entsorgen, sondern sie durch Reparatur oder eine andere Form der Wiederaufbereitung wieder nutzbar zu machen. Sofern dies technisch nicht möglich oder nicht wirtschaftlich ist, gilt es, die in dem Produkt enthaltenen Ressourcen – zum Beispiel Metalle – zu recyceln und für die Herstellung neuer Güter zu verwenden.
- **Kreisläufe ermöglichen.** Ansatzpunkt dieser Strategie ist, dass die Kreislaufführung schon bei der Produktentwicklung berücksichtigt wird. Zum einen können von vornherein ökologisch unschädliche Ressourcen wie zum Beispiel nachwachsende Rohstoffe eingesetzt werden. Zum anderen können die Unternehmen Ökodesign anwenden und damit bereits bei der Konzeption eines Produkts die spätere Wiederverwendbarkeit beziehungsweise die Möglichkeiten zur Reparatur oder zum Recycling berücksichtigen, sodass der Ressourceneinsatz insgesamt verringert wird.
- **Kreisläufe schaffen.** Diese Strategie zielt darauf ab, Primärmaterialien durch andere Materialien zu ersetzen. Ein Abfallprodukt eines Unterneh-

Kreislaufwirtschaft ist noch nicht gängige Praxis

So viel Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland verfolgen in diesem Ausmaß zirkuläre Geschäftsstrategien



Befragung von 479 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe Anfang 2020 im Rahmen des IW-Zukunftspanels; Kreisläufe schließen: z. B., indem defekte Produkte repariert oder wiederaufbereitet werden, um Materialien für neue Güter zu erhalten; Kreisläufe schaffen/ermöglichen: z. B., indem die Recyclingfähigkeit von Produkten bereits bei ihrer Planung/Entwicklung berücksichtigt wird; Kreisläufe verlängern: z. B., indem alte Produkte nicht entsorgt, sondern an andere Nutzer weitergegeben oder von vornherein mit anderen Nutzern geteilt werden (Sharing-Ansatz)
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd



mens A kann zum Beispiel in einem Unternehmen B als Ausgangsmaterial für ein neues Gut verwendet werden. Auf diese Weise entstehen firmenübergreifende Ressourcenkreisläufe.

• **Kreisläufe verlängern.** Kern dieser Strategie ist der Werterhalt. Wird ein altes Produkt vom bisherigen Nutzer nicht mehr benötigt, kann es oft noch einem anderen Nutzer zugutekommen. Diesem Gedanken entspricht auch der Sharing-Ansatz. So können sich Unternehmen eine teure Maschine, die sie nur zeit- und fallweise benötigen, teilen.

Die Frage ist nun, in welchem Ausmaß die Unternehmen in Deutschland bereits eine oder mehrere dieser Strategien verfolgen. Eine Antwort darauf geben Daten des IW-Zukunftspanels, in dessen Rahmen unter anderem knapp 500 Industrieunternehmen danach befragt wurden, inwieweit sie mit Blick auf die

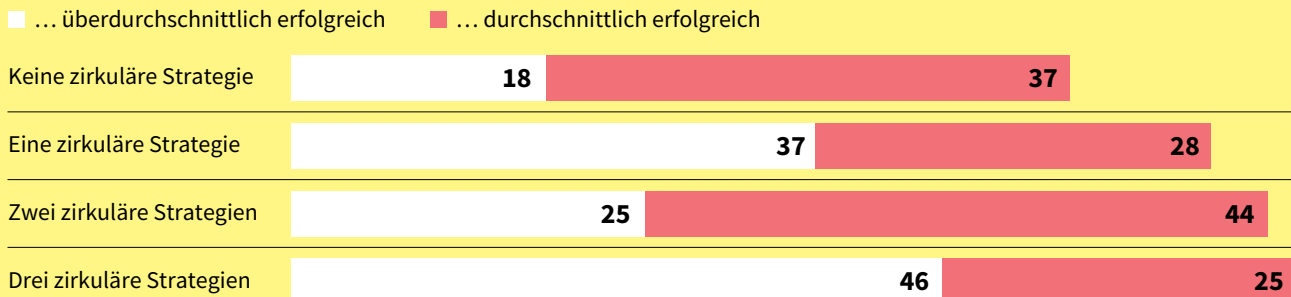
Ressourcennutzung bestimmte Ziele verfolgen.

Demnach haben zwar viele Firmen übergreifende Ziele im Visier, also solche, die mit einer effizienteren Nutzung von Ressourcen verbunden sind, aber nicht eindeutig einer zirkulären Strategie zugeordnet werden können. So wollen fast neun von zehn Industriebetrieben durch eine Steigerung der Ressourceneffizienz ihre Herstellungskosten verringern und rund acht von zehn Unternehmen Abfälle vermeiden.

Bei den jeweils drei Zielen, die unmittelbar auf eine der aufgeführten zirkulären Strategien einzahlen – wobei aufgrund der Datenlage die Strategien „Kreisläufe ermöglichen“ und „Kreisläufe schaffen“ zusammengefasst werden –, sind die Zahlen dagegen weniger eindeutig (Grafik Seite 2):

Kreislaufstrategien steigern Unternehmenserfolg

So viel Prozent der deutschen Industrieunternehmen, die in diesem Ausmaß auf zirkuläre Geschäftsstrategien setzen, sind ...



Befragung von 479 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe Anfang 2020 im Rahmen des IW-Zukunftspanels;
 Rest zu 100: unterdurchschnittlich erfolgreich;
 Zirkuläre Geschäftsstrategie: Strategie, um ressourcensparende Kreisläufe für Produkte und Materialien zu schaffen/ermöglichen, zu schließen und/oder zu verlängern;
 Unternehmenserfolg: gemessen an Ist-Daten und Erwartungen zu Umsatz, Beschäftigung und Investitionen
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

iwd

Nur drei Ziele – die Wiederverwertung und die Wiederverwendung von Produkten sowie die Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit – wurden im Jahr 2020 jeweils von einer Mehrheit der Industrieunternehmen sehr oder einigermaßen engagiert verfolgt.

Insgesamt sehen bei allen drei zirkulären Strategien jeweils fast drei Fünftel der befragten Unternehmen keines der drei zugeordneten Ziele als relevant für ihr Geschäft an. Und nur für wenige Unternehmen sind alle drei jeweiligen Ziele bedeutsam. Am höchsten ist dieser Wert bei der Strategie „Kreisläufe schließen“, doch auch dort geben nur insgesamt 12 Prozent der Industriefirmen an, alle drei Ziele im Blick zu haben.

Der Stellenwert, den die Strategien in der Praxis bereits haben, wird noch deutlicher, wenn man die befragten Unternehmen nach der Zahl ihrer zirkulären Strategien klassifiziert. Es zeigt sich, dass das Potenzial für zirkuläre Geschäftsmodelle bei Weitem noch nicht ausgeschöpft ist (Grafik Seite 3):

Zwar verfolgt knapp ein Viertel der Industrieunternehmen alle drei

zirkulären Strategien – auf der anderen Seite kümmert sich jedoch mehr als ein Drittel der Firmen um keine dieser Strategien.

Die Unternehmen haben also offenbar ein sehr unterschiedliches Bewusstsein für das Thema Kreislaufwirtschaft im Speziellen und umweltschonendes Wirtschaften im Allgemeinen. Da ist es auch wenig erstaunlich, dass zum Beispiel von jenen Betrieben, die alle zirkulären Strategien im Blick haben, mehr als 70 Prozent das übergreifende Ziel verfolgen, Abfälle zu vermeiden – von den Unternehmen ohne zirkuläre Strategie aber nur etwa 20 Prozent. Ähnlich sieht es beim Ziel aus, die Umwelt durch einen sparsamen Einsatz von Ressourcen zu schützen. Dazu bekennen sich knapp 60 Prozent der stark zirkulär ausgerichteten Unternehmen, aber nur gut 10 Prozent derer, die keine zirkuläre Strategie verfolgen.

Dabei gehen Umwelt- und Klimaschutz meist Hand in Hand mit wirtschaftlichem Erfolg – hier vor allem gemessen anhand der Indikatoren Umsatz, Beschäftigung und Investitionen. Der Beleg (Grafik):

Laut IW-Zukunftspanel sind 46 Prozent der Industrieunternehmen, die alle drei zirkulären Strategien verfolgen, deutlich erfolgreicher als der Durchschnitt der Befragten – von den Firmen ohne zirkuläre Strategie weisen lediglich 18 Prozent hohe Erfolgswerte aus.

Umgekehrt berichten weniger als drei von zehn stark zirkulär ausgerichteten Unternehmen von einer klar unterdurchschnittlichen Geschäftsentwicklung. Von den Firmen, die noch nicht auf die Kreislaufwirtschaft setzen, ist dagegen fast jede zweite unterdurchschnittlich erfolgreich. Für diese Firmen könnte sich der Umstieg auf ein zirkuläres Geschäftsmodell also ganz besonders auszahlen. Den Wandel können Unternehmen auf unterschiedliche Weise vornehmen – damit er gelingt, kann die Politik gezielte Anreize setzen (siehe Kommentar Seite 5).

IW-Report 27/2022

Sarah Fluchs, Adriana Neligan, Carmen Schleicher, Edgar Schmitz: Zirkuläre Geschäftsmodelle – Wie zirkulär sind Unternehmen?
iwkoein.de/zirkulaere_geschaeftsmodelle

Kommentar. Für ein treibhausgasneutrales Deutschland ist eine effiziente Kreislaufwirtschaft der Unternehmen unverzichtbar. Ihre volle Wirkung kann sie aber nur dann entfalten, wenn auch Lieferanten und Kunden einbezogen werden. In der Praxis ist dafür noch einiges zu tun, sagen die IW-Ökonominnen **Sarah Fluchs** und **Adriana Neligan**.



Fotos: IW Medien



„Wir müssen an einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft arbeiten“

Eine Kreislaufwirtschaft, die auf den gesamten Produktlebenszyklus abzielt, hat nicht nur ökologische Vorteile, sondern bietet auch ökonomische Chancen. Befragungsergebnisse zeigen, dass jene deutschen Unternehmen, die durch zirkuläre Strategien den Wert von Produkten und Ressourcen so lange wie möglich erhalten, im Schnitt erfolgreicher sind als andere Firmen.

Dennoch richten bislang nur wenige Unternehmen ihr Geschäftsmodell explizit auf eine ganzheitliche Kreislaufführung aus. Die Politik kann dazu beitragen, dass sich das ändert. Öffentlich geförderte, praxisnahe Beratungs- und Informationsangebote können vor allem kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzen, ein zirkuläres Geschäftsmodell aufzubauen. Denn diesen Betrieben fehlt es häufig an Zeit, Know-how und passenden Netzwerken, um den gewünschten Übergang zu schaffen.

Damit die für zirkuläre Geschäftsmodelle unentbehrliche Vernetzung mit den anderen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette gelingt, ist eine ausreichende Digitalisierung der Unternehmen hilfreich. Denn nur auf diese Weise lässt sich der Erfolg der neuen Geschäftsmodelle messen und bewerten. Hier ist in vielen Unternehmen derzeit noch Luft nach oben.

Um die Digitalisierung voranzubringen, benötigen die Firmen aber eine funktionierende Infrastruktur und Rechtssicherheit. Außerdem sind digitale Kompetenzen erforderlich – für deren Erwerb müssen passgenaue Ausbildungsgänge und Schulungen angeboten werden, sei es firmenintern oder -extern.

Eine weitere Herausforderung für die Unternehmen besteht darin, dass das Recycling – verglichen mit anderen Entsorgungsoptionen – derzeit zum Teil noch kostenintensiv ist. Auch kosten wiederverwertete

Ausgangsmaterialien oft mehr als neue und/oder sie stehen nicht in gewünschtem Umfang zur Verfügung. Zudem mangelt es an entsprechenden Qualitätsstandards, sodass die Unternehmen weniger Recyclingrohstoffe und -produkte nachfragen, als im Sinne der Nachhaltigkeit wünschenswert wäre. Deshalb gilt es, funktionierende und grenzüberschreitende Sekundärrohstoffmärkte zu etablieren.

Nicht zuletzt müssen Unternehmen, die eine Kreislaufwirtschaft umsetzen wollen, Investitionen tätigen. Dafür benötigen sie verlässliche Rahmenbedingungen. Deutschland und die Europäische Union setzen im Hinblick auf Sekundärrohstoffmärkte, Ökodesign, Abfallvermeidung und Ähnliches bereits erste Anreize und schaffen den notwendigen Rahmen. Wie wirksam diese Politik in der Praxis ist, wird sich allerdings in den kommenden Jahren noch zeigen.

Krise folgt auf Krise

IW-Konjunkturprognose. Bereits stark von der Corona-Pandemie belastet muss die deutsche Wirtschaft nun zusätzlich die Folgen des Ukraine-Kriegs verkraften. Damit wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr lediglich leicht wachsen – und das auch nur, wenn sich die geopolitische Lage nicht noch weiter verschärft.

Die Lockdowns in Shanghai und Peking zeigen einmal mehr, dass die Corona-Pandemie nicht vorbei ist und sich weiterhin auf die Weltwirtschaft auswirkt – Logistikprozesse bleiben gestört und eine neue Krankheitswelle im nächsten Herbst und Winter ist nicht auszuschließen.

Dennoch waren die Konjunkturforscher wie auch die Unternehmen in Deutschland zum Jahreswechsel 2021/22 recht zuversichtlich, dass sich die Wirtschaft im Laufe dieses Jahres erholen würde. Dann erfolgte der russische Angriff auf die Ukraine. Seitdem sind weitere

Lieferketten unterbrochen und Rohstoffe sowie andere Vorleistungen für die Industrie werden knapp. Das trifft diesen Wirtschaftsbereich überdies zu einem Zeitpunkt, an dem die Einbußen aus den beiden Vorjahren noch längst nicht wettgemacht sind (Grafik Seite 7):

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2022 lag das Produktionsniveau in der deutschen Industrie noch immer um 4 Prozent unter dem Niveau von Ende 2019, dem letzten Quartal vor Beginn der Pandemie.

In der ohnehin besonders gebeutelten Automobilindustrie geht es seit Kriegsausbruch nochmals abwärts, dort verfehlte das Herstellungsvolumen das Vor-Corona-Niveau zuletzt um 27 Prozent.

Die verschärften Ressourcenknappheiten und logistischen Probleme haben zudem die Preise – ganz besonders jene für Energiegüter – in die Höhe getrieben (siehe iwd 10/2022, Seiten 13–15), was wiederum die Kaufkraft der Verbraucher schwächt.

Vor diesem Hintergrund fällt die aktuelle Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft verhalten aus (Grafik):

Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um etwa 1 3/4 Prozent zulegen, für 2023 stellt das IW ein Plus von 2 3/4 Prozent in Aussicht.

Diese Vorausberechnungen stehen unter anderem unter dem Vorbehalt, dass Russland seine ohnehin gedrosselten Erdgaslieferungen nach Europa nicht komplett einstellt (siehe iwd 10/2022, Seiten 6–7). Das Prognoseszenario im Einzelnen:

• **Außenhandel.** Die Folgen von Pandemie und Krieg belasten in vielen Ländern die Konjunktur. Zudem können aufgrund der Logistikprobleme Teile der Nachfrage nach deutschen Exportgütern nicht bedient werden. Diese und weitere Faktoren verhindern, dass die Exportkonjunktur den starken Aufwärtstrend des vergangenen Jahres fortsetzt:

Im Jahr 2022 werden die realen deutschen Exporte das Vorjahresniveau nur um etwa 3 1/4 Prozent über-treffen.

IW-Prognose für Deutschland 2022 und 2023

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,0	1 1/4	3/4
Arbeitslosenquote	5,7	5	4 3/4
Arbeitsvolumen	1,9	1 1/2	1 1/4
Produktivität	0,9	1/4	1 1/2
Bruttoinlandsprodukt	2,9	1 3/4	2 3/4
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,1	1 3/4	3
Konsumausgaben des Staates	3,1	3	2
Anlageinvestitionen	1,5	2 1/4	4
– Ausrüstungen	3,4	4	8
– Sonstige Anlagen	0,7	3	4
– Bauten	0,7	1	2
Inlandsnachfrage	2,2	2	2 3/4
Export	9,9	3 1/4	5 1/4
Import	9,3	4	5 3/4
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	3,1	6	3
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-3,7	-2 1/2	-1 1/4

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Sofern die Weltwirtschaft nicht durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs noch längere Zeit unter Druck kommt, dürften die Ausfuhren im kommenden Jahr mit 5 ¼ Prozent wieder stärker zulegen.

• **Konsum.** Die jüngsten Inflationsraten von mehr als 7 Prozent verderben den Bundesbürgern die Kauflaune:

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte werden in diesem Jahr das Niveau des Jahres 2021 nur um gut 1 ¾ Prozent übertreffen.

Zwar haben die Verbraucher im Zuge der coronabedingten Einschränkungen viel Geld gespart. Aber die Verunsicherung darüber, wie sich die weltpolitische Lage, die Inflation und die Pandemie entwickeln, ist groß, sodass sich viele Menschen beim Konsum zurückhalten.

• **Investitionen.** Unsicherheiten und Lieferengpässe beeinträchtigen auch die Investitionsperspektiven. Allerdings ist der Nachholbedarf der Firmen nach zwei Jahren Corona groß, sodass eine relative Mehrheit laut IW-Konjunkturumfrage für 2022 von einem Anstieg der Investitionen ausgeht (siehe iwd 10/2022, Seiten 2–3). Die IW-Prognose passt in dieses Bild:

Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden 2022 um rund 4 Prozent wachsen. Verschlechtern sich die Rahmenbedingungen nicht nochmals, ist für 2023 sogar ein Anstieg um 8 Prozent zu erwarten.

Die Bautätigkeit, seit mehreren Jahren eine Wachstumsstütze, wird dagegen nicht nur von Materialknappheiten und steigenden Preisen, sondern auch von zahlreichen Fachkräftengpässen gebremst (siehe iwd 10/2022, Seiten 4–5). Somit dürften die Bauinvestitionen im laufenden Jahr lediglich um knapp 1 Prozent über dem Niveau von 2021 liegen.

• **Arbeitsmarkt.** Hier ist die Corona-Krise weitgehend überwunden. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Januar 2022 wieder auf das Vorkrisenniveau gesunken, die Zahl der Erwerbstätigen lag zum Jahresbeginn sogar um mehr als 200.000 über dem Wert von 2019. Und zumindest bislang drosselt auch der Ukraine-Krieg die Arbeitskräfte-nachfrage der Unternehmen offenbar kaum:

Mit fast 45,5 Millionen wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2022 den Vorjahreswert um voraussichtlich 1 ¼ Prozent übertreffen.

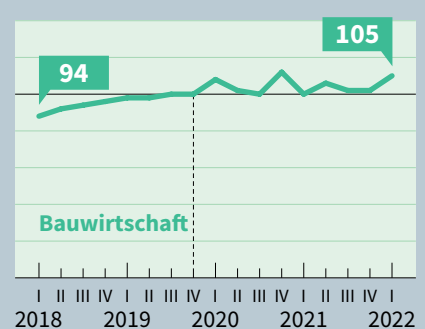
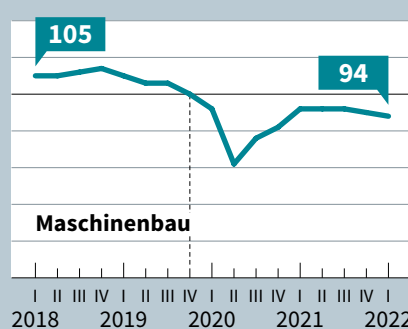
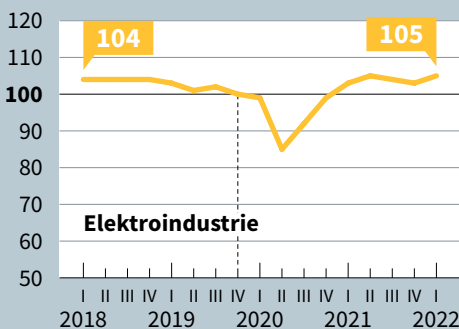
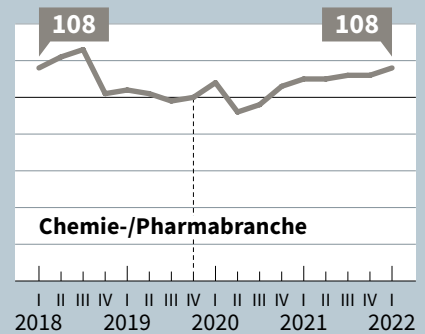
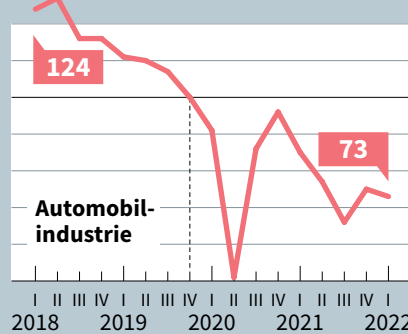
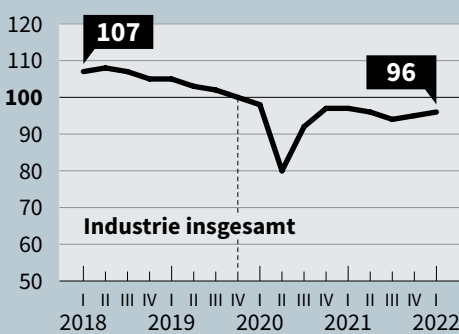
Die Arbeitslosigkeit sinkt entsprechend, allerdings verhindert der im Zuge der Pandemie gestiegene Anteil der Langzeitarbeitslosen eine noch schnellere Erholung.

IW-Report 26/2022

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Krise und Unsicherheit – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2022
iwkoeln.de/konjunkturprognose_f2022

Industrieproduktion: Teils deutlich unter Vorkrisenniveau

Preis- und saisonbereinigte Produktion, 4. Quartal 2019 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

Der digitale Binnenmarkt macht Fortschritte

Big Data. Das Geschäft mit Daten bietet enorme Möglichkeiten. Die EU hat sich daher vorgenommen, im Bereich der Datenökonomie Weltspitze zu werden. Eine Analyse zeigt, in welchem EU-Staat aktuell die meisten Unternehmen aus diesem Zukunftsfeld sitzen und was sie genau tun.

Rein ökonomisch betrachtet können Daten wertvoller sein als Öl. Während Öl lediglich einmal genutzt werden kann, können Daten zu niedrigsten Kosten kopiert und verteilt werden. So kann ein Datensatz gleichzeitig von mehreren Akteuren und für entsprechende Dienstleistungen verwendet werden.

Das Potenzial der Daten für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union hat auch die EU-Kommission entdeckt und deshalb 2020

eine Datenstrategie verabschiedet. Ihr Ziel ist es, einen EU-weiten Datenraum zu schaffen, den Zugang zu Daten für alle Unternehmen zu gewährleisten sowie einen Rechtsrahmen für den Umgang mit Daten zu setzen. Jüngste Ergebnisse der EU-Kommission sind der Data Act, der Data Governance Act oder das Digital Services Act Package.

All dies soll dazu beitragen, dass 2030 drei Viertel der europäischen Unternehmen Cloud-Computing, Big

Data und künstliche Intelligenz nutzen. Zudem sollen mehr als 90 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in der EU über eine grundlegende digitale Intensität verfügen, also Daten und auf ihnen basierende Anwendungen nutzen.

Und so datengetrieben sind die EU-Mitgliedsstaaten bereits (Grafik):

Frankreich beheimatete von allen EU-Ländern im Jahr 2021 mit 606 Betrieben die meisten Big-Data-Unternehmen.

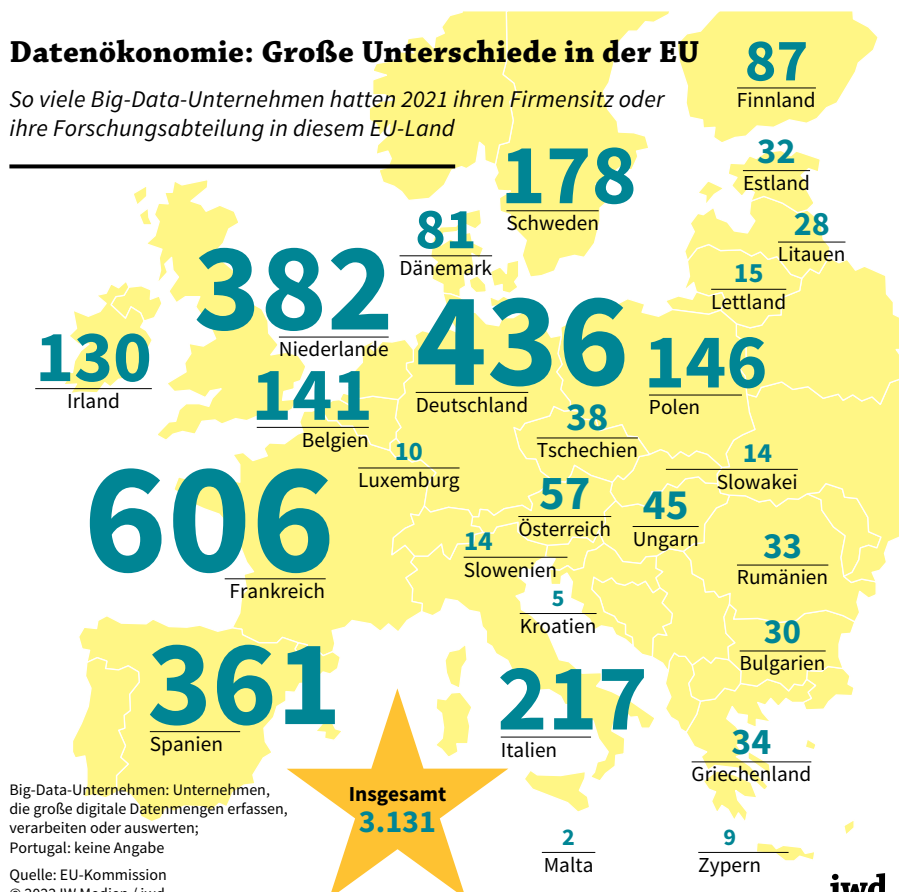
Berücksichtigt wurden nur Betriebe, die im Bereich Big Data wirtschaftlich aktiv sind, die ihren Firmensitz oder ihre Forschungsabteilung in einem EU-Mitgliedsstaat haben und die mindestens 1 Million Euro an Firmenkapital haben.

Von allen 3.131 Big-Data-Unternehmen in der EU ist rund ein Drittel im Bereich der Software für Unternehmenskunden tätig, 15 Prozent sind im Gesundheitssektor, 14 Prozent im Marketing und 10 Prozent in der Fintech-Branche aktiv.

Und wie weit ist der digitale Binnenmarkt gediehen? Zuletzt hat sich die Datenökonomie in den EU-Ländern schwächer entwickelt als in den USA und Japan. Zudem muss die EU bei ihren Regulierungsvorhaben einen Spagat bewältigen: den Datenzugang für alle Unternehmen ermöglichen, ohne Innovationen durch zu viel Bürokratie und Regulierung auszubremsen.

Datenökonomie: Große Unterschiede in der EU

So viele Big-Data-Unternehmen hatten 2021 ihren Firmensitz oder ihre Forschungsabteilung in diesem EU-Land



Big-Data-Unternehmen: Unternehmen, die große digitale Datenmengen erfassen, verarbeiten oder auswerten;

Portugal: keine Angabe

Quelle: EU-Kommission

© 2022 IW Medien / iwd

Raus aus der Minijob-Falle?

Lohnpolitik. Die Bundesregierung will die geringfügige Beschäftigung sowie den Einkommensbereich oberhalb der Minijob-Grenze neu regeln. Das soll Anreize reduzieren, in einem Minijob zu verharren.

Beim aktuellen Mindestlohn von 9,82 Euro können Arbeitnehmer rund zehneinhalb Stunden in der Woche arbeiten, ohne damit die Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro monatlich zu überschreiten – mit einem Mindestlohn von 12 Euro, wie er zum 1. Oktober 2022 eingeführt werden soll, wären es nur noch etwas mehr als achteinhalb Stunden. Wer im Minijob-Segment bleiben will, müsste also seine Arbeitszeit reduzieren.

Aus diesem Grund will die Bundesregierung die Minijob-Grenze anheben und flexibilisieren. Künftig soll sie bei dem Betrag liegen, der sich bei einer Arbeitszeit von zehn Wochenstunden aus dem gegebenen Mindestlohn ergibt – bei 12 Euro wären das 120 Euro pro Woche oder rund 520 Euro im Monat. Stiege der Mindestlohn

weiter, würde automatisch auch die Minijob-Grenze angehoben.

Zusätzlich sollen die Sozialversicherungsbeiträge im sogenannten Übergangsbereich neu geregelt werden. Das ist der Einkommensbereich oberhalb der Minijob-Grenze bis zu einem Einkommen von derzeit 1.300 Euro brutto, in dem die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung ermäßigt sind („Midijobs“). Diese Grenze soll auf 1.600 Euro steigen, die Arbeitnehmerbeiträge gleichzeitig sinken.

Die Idee dahinter: Beim Überschreiten der Minijob-Grenze soll es keinen Nettoeinkommensverlust mehr geben. Denn im Status quo stecken geringfügig Beschäftigte bisweilen in der Minijob-Falle (Grafik):

Aktuell verdienen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit 451 Euro Bruttoentgelt netto rund 47 Euro weniger als geringfügig Beschäftigte mit 450 Euro brutto.

Das soll die Reform verhindern und so Anreize reduzieren, mit dem Einkommen unterhalb der Minijob-Grenze zu verbleiben. Im Gegenteil: Es kann sogar attraktiver werden, in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu wechseln, schließlich haben Arbeitnehmer in Midijobs schon bei geringen Beiträgen Anspruch auf die Leistungen der Sozialversicherung.

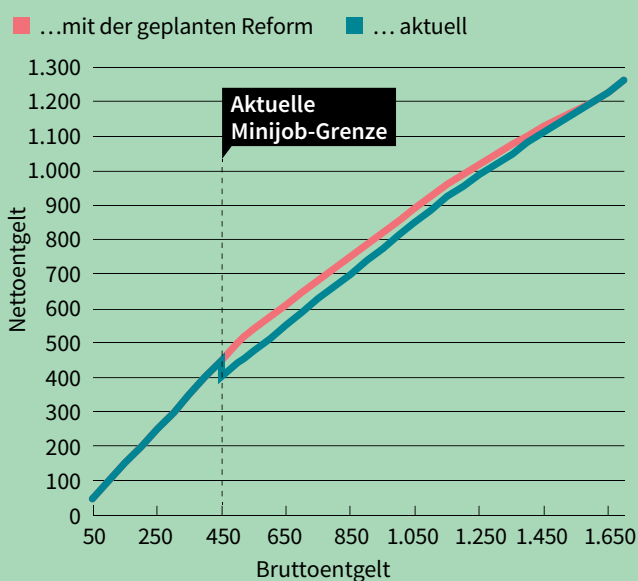
Den Übergangsbereich auf bis zu 1.600 Euro auszuweiten, könnte allerdings unerwünschte Nebeneffekte mit sich bringen: Für Arbeitnehmer mit Gehältern knapp oberhalb der Grenze entsteht der Anreiz, ihre Arbeitszeit so zu reduzieren, dass sie noch in den Übergangsbereich fallen – dann würde ein Teil des geringeren Lohns durch die Ermäßigung des Sozialversicherungsbeitrags kompensiert.

Für Arbeitgeber verlieren zudem Beschäftigungsverhältnisse im unteren Übergangsbereich an Attraktivität, da der Arbeitgeberbeitrag in diesem Bereich mit der Reform steigen soll. Das könnte im schlechtesten Fall zu einer geringeren Arbeitskräftenachfrage führen.

Midijobs: Nach Reform bliebe netto mehr übrig

Die Bundesregierung plant, die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern in Midijobs zu senken, sodass beim Überschreiten der Minijob-Grenze kein Verlust beim Nettoeinkommen mehr eintritt.

So viele Euro netto im Monat verdienen Beschäftigte in Deutschland mit diesem Bruttoentgelt ...



Werte für Steuerklasse I; Midjob: Einkommensbereich oberhalb der Minijob-Grenze bis 1.300 Euro brutto, soll mit Reform auf 1.600 Euro brutto steigen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Langer Atem

Fitnessbranche. Lockdowns, monatelange Studioschließungen und strenge Zugangsbeschränkungen haben der Fitnessbranche in den vergangenen zwei Jahren stark zugesetzt. Es gab Kurzarbeit, viele Mitgliedschaften wurden gekündigt und einzelne Studios gaben den Betrieb auf. Im Jahr 2022 geht es aufgrund zahlreicher Lockerungen nun zwar bergauf, doch die Pandemie hat Spuren hinterlassen.

„Die Fitnessbranche ist auf Wachstumskurs. Im Jahr 2020 rechnen wir deutschlandweit mit zwölf Millionen Studio-Mitgliedern.“ Das prognostizierte der Arbeitgeberverband deutscher Fitness- und Gesundheits-Anlagen (DSSV) im April 2018. Es kam anders.

Dabei war der Optimismus der Branche selbst 2019 noch völlig berechtigt – es war das bisher erfolgreichste Jahr für die deutschen Fitnessstudios. Umsatz-, Mitglieder- und Studiozahlen kannten nur eine Richtung: nach oben. Und das bereits im 30. Jahr in Folge. Auch im

europäischen Vergleich kletterte die Bundesrepublik laut der Organisation EuropeActive im Jahr vor der Corona-Krise in jenen drei Kategorien auf Platz eins.

Im Jahr 2019 erwirtschaftete die deutsche Fitnessbranche laut DSSV rund 5,5 Milliarden Euro Umsatz – ein Anstieg um 45 Prozent verglichen mit 2010.

Dann änderte die Pandemie die Lage über Nacht: Fitnessstudiobesitzer, Trainer und Mitarbeiter durften von einem Tag auf den anderen ihren Job nicht mehr ausüben. Es folgten Monate der Ungewissheit mit großer

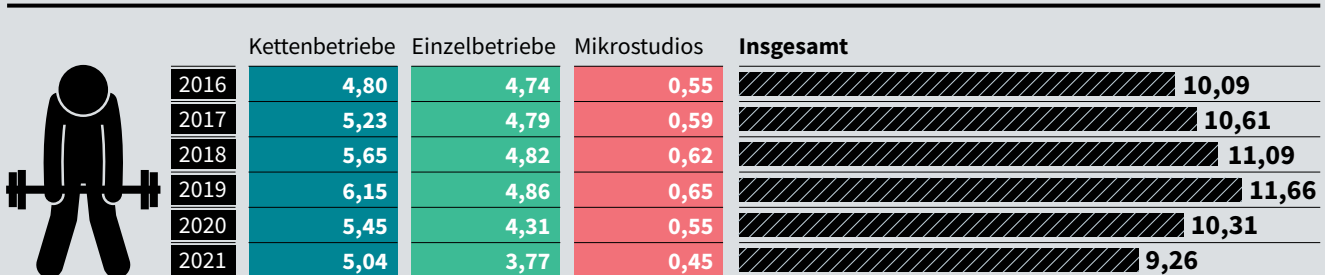
Sorge um die berufliche Existenz. Denn Miete, andere laufende Kosten und später dann Investitionen in Hygienemaßnahmen mussten bezahlt werden – während immer mehr Mitglieder kündigten und den Studios damit Einnahmen wegbrachten (Grafik):

Nach Angaben des DSSV verloren deutsche Fitnessstudios von 2019 bis 2021 rund 2,4 Millionen Mitglieder, ein Minus von mehr als 20 Prozent.

Vor allem im zweiten Lockdown, der von November 2020 bis Mai 2021 fast ein halbes Jahr lang das öffent-

Corona-Pandemie: Den Gym-Gängern geht die Puste aus

So viele Millionen Mitgliedschaften zählten deutsche Fitnessstudios



Kettenbetrieb: Unternehmen mit fünf und mehr Studios sowie einer Fläche von mindestens 200 Quadratmetern
 Einzelbetrieb: Unternehmen mit bis zu vier Studios sowie einer Fläche von mindestens 200 Quadratmetern
 Mikrostudio: Zielgruppenspezifisches Studio mit weniger als 200 Quadratmetern

Quelle: Arbeitgeberverband deutscher Fitness- und Gesundheits-Anlagen
 © 2022 IW Medien / iwd

Fitnessstudios trotzen der Pandemie

Zahl der Fitnessstudios in Deutschland



2016	8.684
2017	8.988
2018	9.343
2019	9.669
2020	9.538
2021	9.492

Quelle: Arbeitgeberverband deutscher Fitness- und Gesundheits-Anlagen
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

liche Leben stark einschränkte, überrollte eine gewaltige Kündigungswelle die Fitnessstudios. Viele Mitglieder waren nicht mehr bereit, Beiträge zu zahlen, ohne eine Leistung zu erhalten. Im Jahr 2021 erreichte die Fitnessbranche laut DSSV mit 2,2 Milliarden Euro nicht einmal mehr die Hälfte des Umsatzes aus dem Jahr 2019.

Allerdings blieb die befürchtete Pleitewelle aus (Grafik):

Von 2019 bis 2021 mussten in Deutschland laut DSSV 177 Fitnessstudios schließen – ein Rückgang um lediglich 2 Prozent.

Wie haben es so viele Studios geschafft, den massiven Rückgang der Mitgliederzahl und des Umsatzes zu überleben? Es gibt mehrere Erklärungen:

Rücklagen. Die Megajahre vor der Pandemie – vor allem 2019 – hatten für gute Finanzpolster bei vielen Einzelstudios und Fitnessketten gesorgt, sodass ausbleibende Mitgliedsbeiträge zumindest kurzfristig kompensiert werden konnten.

Hilfsgelder. Trotz weit verbreiteter Kritik an der nur langsam anrollenden staatlichen Unterstützung für Firmen flossen auch an die Fitnessbranche Corona-Hilfen – wenn auch

mit Verspätung. Laut DSSV bestand ein Drittel des Umsatzes seiner Mitgliedsfirmen in den vergangenen zwei Jahren aus staatlichem Geld.

Neue Einnahmequellen. Viele Studiobetreiber sind über das verbreitete Online-Kursangebot hinaus kreativ geworden: Sie vermieteten beispielsweise Fitnessgeräte für den Heimgebrauch und trafen damit genau den Puls der Zeit. Nicht nur gemietet, auch gekauft wurde viel, wie eine Umfrage des Deutschen Industrieverbands für Fitness und Gesundheit zeigt:

Die Hälfte der Haushalte, die bereits im Jahr 2020 ein eigenes Fitnessgerät zu Hause hatten, kaufte 2021 noch ein zweites. Das entsprach 14,3 Millionen Haushalten in Deutschland.

Auch für 2022 planen 31 Prozent, weitere Geräte anzuschaffen.

Flexible Vertragslaufzeiten. Seit März 2022 hat der Gesetzgeber die rechtlichen Möglichkeiten für lange Vertragsbindungen eingeschränkt, auch bei Fitnessstudios. Doch die haben im Angesicht der Pandemie ohnehin ihr Angebot an kürzeren Laufzeiten sowie flexiblere Kündigungsmöglichkeiten für Verträge ausgedehnt. Damit – so das Kalkül –

können sie potenzielle Kunden in weiterhin unsicheren Zeiten eher zum Vertragsabschluss bewegen.

Darüber hinaus gibt es im Rückblick auf die Pandemie-Jahre einzelne Fitnessbetriebe, die allen Widrigkeiten zum Trotz wachsen konnten – die Kette Cleverfit beispielsweise. Zwar sank die Zahl ihrer Studios 2020 kurz, 2021 legte sie allerdings direkt wieder zu – und das sogar über das Niveau des Erfolgsjahres 2019 hinaus. Nach Auskunft der Kette half ihr ihr Franchisekonzept, auch in der Krise zu wachsen, da die Investitionen auf mehreren Schultern verteilt werden konnten.

Doch auch wenn die Branche aktuell langsam aufatmet, stecken den Studios die vergangenen zwei Jahre noch in den Knochen. Es bleibt zudem abzuwarten, inwieweit sie bereits erhaltene Hilfsgelder zurückzahlen müssen.

Trotzdem blicken Studiobetreiber laut einer Umfrage des Medienunternehmens bodyLIFE optimistisch in die Zukunft, weil sie auf das in der Pandemie gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Menschen setzen. Neue Einschränkungen im Herbst oder Winter kann die Branche allerdings nicht gebrauchen.

Die Mittelschicht ist robust

Einkommensverteilung. Seit mehr als zehn Jahren gehört rund die Hälfte der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen zur Mittelschicht im engeren Sinne. Und die Wahrscheinlichkeit, aus dieser Schicht abzustiegen, ist sogar seit der Wiedervereinigung nahezu unverändert geblieben. Allerdings ist es schwieriger geworden, aus der untersten Schicht in die Mittelschicht aufzusteigen – doch dafür gibt es plausible Gründe.

Wenn man in Deutschland wissen will, wie sich die Einkommen der Haushalte entwickelt haben, ist man auf komplexe Befragungen angewiesen, die der Zeit immer etwas hinterherlaufen. Deshalb stammen die Daten zur Einkommensverteilung, die im Frühjahr 2022 vorlagen, von 2018; sie können also die Effekte der Corona-Pandemie nicht abbilden.

Schaut man dann noch auf das wichtigste Ergebnis – dass sich nämlich seit Jahren kaum etwas verändert hat –, könnte man die Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) schnell ad acta legen. Doch das wäre falsch, denn die alte Nachricht, dass es kaum neue Nachrichten gibt, ist eine gute Nachricht – schließlich ist die angebliche Erosion der Mittelschicht nicht nur in Deutschland ein Thema, das so manche Wähler in die Arme von Populisten treibt. Das nahezu unveränderte Ergebnis der Einkommensverteilung (Grafik):

Im Jahr 2018 gehörten 49 Prozent der Bevölkerung in Deutschland zur Mitte im engeren Sinne – die Frauen und Männer erzielten also zwischen 80 und 150 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens. Steuern, Abgaben und Transferzahlungen sind dabei bereits berücksichtigt.

Wie stabil die Mittelschicht in Deutschland ist, wird allerdings erst klar, wenn man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum betrachtet:

Von 1991 bis 1997 wuchs der Anteil der eng gefassten Mittelschicht von 50 auf 55 Prozent. Grund dafür war der kräftige wirtschaftliche Aufholprozess in den neuen Bundesländern.

Bis 2005 „schrumpfte“ die Mitte dann wieder auf 50 Prozent. Parallel dazu erhöhte sich sowohl der Anteil der armutsgefährdeten Bundesbürger mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens als auch der

Anteil der Einkommensreichen mit mehr als 250 Prozent.

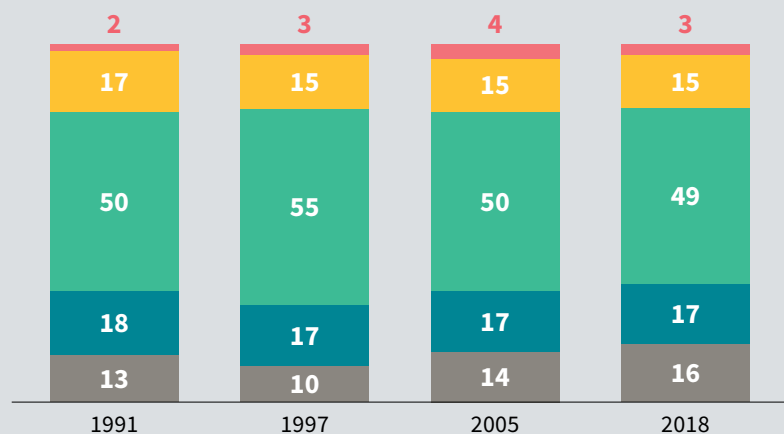
Seitdem hat sich das Schichtengefüge kaum noch verändert: Im Jahr 2018 war der Anteil der Mitte nur rund 1 Prozentpunkt kleiner als im Jahr 2005.

Skeptiker könnten diese Zahlen allein schon deshalb in Zweifel ziehen, weil es keine einheitliche Definition von Mittelschicht gibt. Doch so unterschiedlich die Abgren-

Einkommenschichten: Stabile Mitte

in Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland

- Einkommensreiche: mehr als 250 Prozent ...
 - Obere Mitte: 150 bis 250 Prozent ...
 - Mitte im engeren Sinn: 80 bis 150 Prozent ...
 - Untere Mitte: 60 bis 80 Prozent ...
 - Einkommensarme: weniger als 60 Prozent ...
- ... des bedarfsgewichteten Medianeinkommens

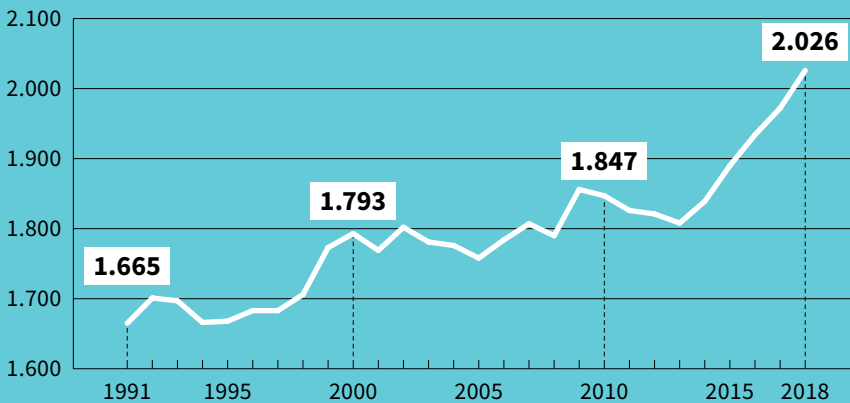


Bedarfsgewichtung: Die Haushaltseinkommen werden unter Berücksichtigung der Ersparnisse durch die gemeinsame Haushaltsführung in Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet; Medianeinkommen: Die eine Hälfte der Bevölkerung verdient mehr, die andere weniger

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Medianeinkommen in Deutschland: Steter Zuwachs

Bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen pro Monat in Euro, in Preisen des Jahres 2018



Bedarfsgewichtung: Die Haushaltseinkommen werden unter Berücksichtigung der Ersparnisse durch die gemeinsame Haushaltsführung in Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet;
Medianeinkommen: Die eine Hälfte der Bevölkerung verdient mehr, die andere weniger

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

zungen auch sein mögen, eines haben die meisten gemeinsam: Die Schichten werden in Relation zum Medianeinkommen der Bevölkerung abgegrenzt.

Bleibt das Problem, wo genau die Grenzen zwischen den einzelnen Schichten verlaufen. Um hier Willkür auszuschließen, ist die Mittelschichtsdefinition des IW das Ergebnis eines zweistufigen Verfahrens: Zunächst wird in Anlehnung an die sozialwissenschaftliche Literatur eine soziokulturelle Mitte definiert. Sie grenzt sich anhand verschiedener Kriterien wie Bildung und Haupterbstätigkeit gegenüber einer unteren und oberen Schicht ab. Dann wird untersucht, welche Einkommensbereiche diese drei Schichten vorrangig besetzen und welche typischen Einkommensbänder sich daraus ableiten lassen. Das Ergebnis:

Neben den 49 Prozent, die zur soziokulturellen Mittelschicht gehören, zählen knapp 22 Prozent der Bevölkerung zur unteren soziokulturellen Schicht und 8,5 Prozent zur Oberschicht – der Rest lässt sich nicht zuordnen.

Da die Schichten relativ zum Medianeinkommen gebildet werden, bleiben – ähnlich wie bei der Armutsgefährdungsquote – die Veränderungen des allgemeinen Wohlstands außen vor. Doch es macht nun mal einen Unterschied, ob man 80 Prozent von 1.000 oder von 2.000 Euro verdient. Deshalb ist die Entwicklung des Medianeinkommens aufschlussreich (Grafik):

Von 1991 bis 2018 ist das bedarfsgewichtete monatliche reale Medianeinkommen in Deutschland um fast 22 Prozent von 1.665 auf 2.026 Euro gestiegen.

Die auf dem mittleren Einkommen beruhenden Grenzwerte für die einzelnen Einkommensschichten variieren je nach Haushaltstyp. Ein Single zum Beispiel zählte 2018 mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1.620 und 3.040 Euro zur Mittelschicht. Ein Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren war mit 3.400 bis 6.380 Euro dabei.

Warum aber braucht ein vierköpfiger Haushalt nicht das Vierfache eines Singles, um zur Mittelschicht zu gehören, sondern nur gut das

Doppelte? Der Grund dafür ist die Bedarfsgewichtung: Während ein Single zum Beispiel eine Waschmaschine allein finanzieren muss, werden die Ausgaben dafür in Mehrpersonenhaushalten auf mehrere Köpfe verteilt.

Die Stabilität der Mittelschicht bemisst sich aber nicht nur an ihrer relativen Größe, sondern auch an der Wahrscheinlichkeit für den Einzelnen, langfristig dazugehören. Um das in Zahlen zu gießen, werden die Bewegungen einzelner Personen zwischen den unterschiedlichen Einkommenschichten über mehrere Jahre verfolgt.

Auch dazu eignen sich die SOEP-Daten besonders gut, weil hier dieselben Personen in aufeinanderfolgenden Jahren wiederholt befragt werden. Die Ergebnisse für den Zeitraum 2014 bis 2018:

Fast drei von vier Personen, die im Jahr 2014 zur Mittelschicht im engeren Sinne gehörten, zählten auch 2018 noch zu dieser Gruppe.

Rund 17 Prozent sind dagegen in eine untere Schicht abgestiegen, etwa 9 Prozent schafften den Aufstieg in eine höhere Gruppe. Damit ist die Gefahr, aus der Mitte abzustiegen, seit den 1990er Jahren nicht gewachsen.

Allerdings zeigen die Zahlen auch, dass der Aufstieg in die Einkommensmitte schwieriger geworden ist. Das hat vor allem damit zu tun, dass sich die gesellschaftlichen Strukturen in den vergangenen Jahren stark verändert haben. So sind mehr Migranten in die Bundesrepublik gekommen, die oft zunächst über ein geringes Einkommen verfügen. Zudem ist die Gesellschaft weiter gealtert und es leben immer mehr Menschen allein.

Aus IW-Trends 2/2022

Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Die Mittelschicht im Fokus – Abgrenzung, Entwicklung und Mobilität

iwkoeln.de/mittelschicht_fokus

Absehbarer Mangel

Lehrkräfte. Der Schein trügt: Zwar ist die Lehrerschaft in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt deutlich jünger geworden, sodass in naher Zukunft keine besonders große Verrentungs- und Pensionierungswelle bevorsteht. Trotzdem dürften schon Mitte der 2020er Jahre Zehntausende Lehrer und Lehrerinnen fehlen – der aktuelle Mangel an Lehrkräften verschärft sich also weiter.

Vor rund zehn Jahren war die Lehrerschaft in Deutschland stark überaltert: Im Schuljahr 2010/2011 war fast ein Drittel der Lehrkräfte mindestens 55 Jahre alt – 2020/2021 lag dieser Anteil nur noch bei knapp einem Viertel. Während die Erwerbstätigen insgesamt immer älter werden, hat also bei den Lehrkräften eine Verjüngung stattgefunden. Damit ist auch der Anteil derer kleiner geworden, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen.

Hinzu kommt: Obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler im vergangenen Jahrzehnt um fast 7 Prozent gesunken ist, stieg die Zahl der Lehrkräfte – gerechnet in Vollzeit-äquivalenten – im gleichen Zeitraum bundesweit um fast 4 Prozent. Dabei gibt es allerdings deutliche regionale Unterschiede: Die Spanne reicht von fast 21,6 Prozent in Berlin bis zu minus 5,6 Prozent in Sachsen-Anhalt.

Dass es ab 2030 trotzdem zu wenigen Lehrern und Lehrerinnen

geben könnte, liegt an den stark gestiegenen Geburtenzahlen in den 2010er Jahren. Der neue Babyboom zeigt sich derzeit nur an den Grundschulen, wird aber noch in den 2020er Jahren auch die weiterführenden Schulen erreichen (Grafik):

Laut Kultusministerkonferenz werden die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen bis zum Schuljahr 2030/2031 bundesweit um 9 Prozent steigen – für die Sekundarstufe I wird sogar ein Plus von mehr als 15 Prozent erwartet.

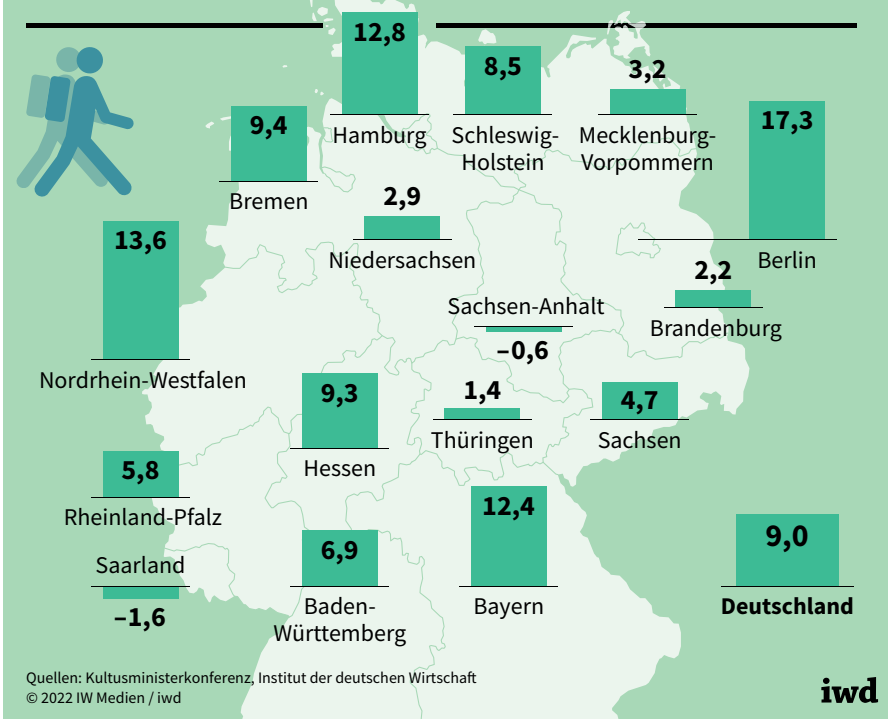
Auch hier gibt es große regionale Unterschiede. Während Berlin mit gut 17 Prozent den größten Schülerzuwachs zu erwarten hat, werden die Zahlen in Sachsen-Anhalt um 0,6 Prozent und im Saarland sogar um 1,6 Prozent sinken.

Um nun zu ermitteln, wie viele Lehrkräfte gebraucht werden, hat das IW zunächst die Schüler-Lehrer-Relation von heute fortgeschrieben. Über alle Schularten gerechnet kommen heute knapp 16 Schüler auf eine Lehrkraft. Hochgerechnet mit den steigenden Schülerzahlen ergibt sich daraus ein wachsender Bedarf an Lehrpersonal (Grafik Seite 15):

Im Schuljahr 2020/2021 gab es rund 761.000 Lehrerinnen und Lehrer – im Schuljahr 2025/2026 werden voraussichtlich rund 799.000 Lehrkräfte gebraucht, in den Schuljahren 2030/31 und 2035/36 sogar 836.000.

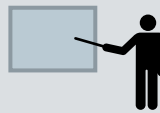
Fast überall deutlich mehr Schüler erwartet

Prognostizierte Veränderung der Schülerzahlen zwischen 2020/2021 und 2030/2031 in Prozent



Lehrkräfte in Deutschland: Der Bedarf steigt

in Vollzeitstellen umgerechnet



	Bestand	Prognostizierter Bedarf		
	2020/2021	2025/2026	2030/2031	2035/2036
Vorschule	2.854	3.000	3.000	3.000
Primarstufe	189.088	208.000	204.000	199.000
Sekundarstufe I	308.650	328.000	355.000	351.000
Sekundarstufe II	81.363	80.000	88.000	94.000
Berufliche Schulen Vollzeit	69.519	68.000	70.000	73.000
Berufliche Schulen Teilzeit	47.748	46.000	48.000	51.000
Förderschulen	61.808	66.000	68.000	67.000
Insgesamt	761.029	799.000	836.000	836.000

Sekundarstufe II:
an allgemeinbildenden Schulen
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd



ebenfalls entsprechende Kapazitäten an den beruflichen Schulen geschaffen werden.

Um den Lehrkräfteengpässen bereits kurz- und mittelfristig entgegenzuwirken, wird es keineswegs ausreichen, mehr Menschen für ein Lehramtsstudium zu gewinnen – denn dann dauert es mindestens acht Jahre, bis diese Lehrkräfte den Schulen zur Verfügung stehen.

Vielmehr müssen auch Quereinsteiger gezielt gefördert und durch entsprechende Nachqualifizierungen auf den Schuldienst vorbereitet werden. Dieser Weg verspricht allerdings nur dann Erfolg, wenn der Lehrerberuf für Quereinsteiger auch finanziell attraktiv ist.

Ein besonderes Problem gibt es bei MINT-Akademikern, also Absolventen der Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. In diesen Fächern ist der Mangel an Lehrkräften schon heute groß. Da aber auch die Wirtschaft MINT-Fachkräfte sucht und in der Regel besser zahlt als der Bildungssektor, dürfte es nur schwer möglich sein, die Zahl der MINT-Lehrkräfte nachhaltig zu steigern.

Hilfreich wäre es, die Lehrkräfte noch stärker durch multiprofessionelle Teams zu unterstützen und so von Aufgaben zu entlasten, die mit ihrem regulären Unterricht nichts oder nur wenig zu tun haben – Beispiele sind die Elternarbeit und die Digitalisierung.

Gutachten

Wido Geis-Thöne: Lehrkräftebedarf und -angebot – bis 2035 steigende Engpässe zu erwarten, Szenariorechnungen zum INSM-Bildungsmonitor
iwkoeln.de/lehrkraeftebedarf

Vergleicht man nun den künftigen Bedarf an Lehrkräften mit dem voraussichtlich verfügbaren Lehrpersonal, ergibt sich eine große Lücke:

Im Schuljahr 2025/2026 werden voraussichtlich 35.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen – fünf Jahre später sind es schon 68.000 und 2035/2036 sogar 76.000.

Diese Zahlen sind deutlich pessimistischer als die von der Kultusministerkonferenz zusammengetragenen Prognosen der Länder. Folgt man den Länderdaten, ergibt sich für 2025/26 ein Mangel von lediglich 26.000 Lehrern und Lehrerinnen, im Schuljahr 2030/2031 würden 33.000 Lehrkräfte fehlen und 2035/2036 nur noch 24.000. Nutzen die Kultusministerien diese Zahlen für ihre längerfristigen Planungen, besteht die Gefahr, dass Deutschland zu wenig unternimmt, um die erwartbaren Lehrkräfteengpässe so weit wie möglich einzudämmen.

Dies gilt umso mehr, als der Lehrkräftebedarf sogar noch höher liegen könnte als berechnet. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn die Schulen in sozialen Brennpunkten zusätzliche Lehrkräfte zugewiesen bekommen oder sich mehr junge Menschen entscheiden, aufs Gymnasium zu gehen und eine akademische Ausbildung anzustreben.

Auch eine stark steigende Zuwanderung – wie derzeit aus der Ukraine – würde die Schülerzahlen und den Bedarf an Lehrkräften entsprechend erhöhen. Allerdings lässt sich noch nicht abschätzen, wie viele Kinder und Jugendliche aus dem Kriegsgebiet tatsächlich nach Deutschland kommen und bleiben.

Gleichzeitig sollte Deutschland vor dem Hintergrund seines Fachkräftemangels auch gezielt junge Menschen aus dem Ausland für eine schulische und betriebliche Ausbildung gewinnen. Dazu müssen

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

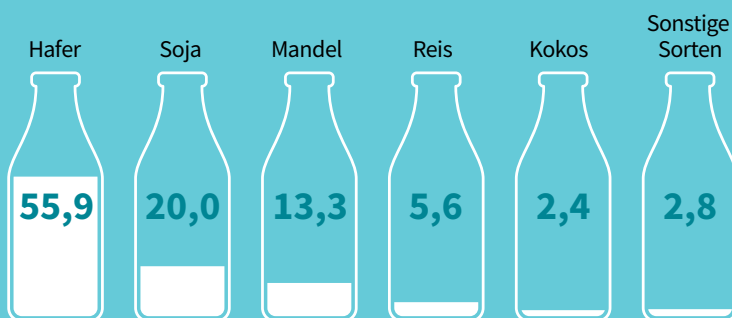
sind im April des laufenden Jahres die Verkaufspreise im Großhandel gestiegen – das war der höchste Anstieg gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat seit 1962. Bereits im März gab es mit einem Plus von 22 Prozent einen Rekordanstieg. Dass die Preise derart nach oben klettern, liegt vor allem an vielen Rohstoffen und Vorprodukten, die durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs immer mehr kosten. Mit einer Verteuerung um 63 Prozent haben im April vor allem die Mineralölzeugnisse zum allgemeinen Preisanstieg beigetragen. Erheblich teurer als im Vorjahresmonat waren unter anderem auch feste Brennstoffe, Getreide und Saatgut. Die Großhandelspreise für Milch, Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöl und Nahrungsfette zogen ebenfalls um 30 Prozent an.

Top-Liste: Die Kuhmilch bekommt Konkurrenz

Milch aus Pflanzen liegt voll im Trend. Ob aus Soja, Kokos, Mandel, Hafer oder Cashewnüssen – Verbraucher haben mittlerweile die Qual der Wahl. Die zunehmende Vielfalt im Supermarktregal hat einen einfachen Grund: Der Absatz von Milchersatzprodukten im deutschen Lebensmitteleinzelhandel hat sich zwischen 2018 und 2020 verdoppelt. Gleichzeitig sinkt der Verbrauch konventioneller Kuhmilch seit Jahren – von 54 Litern pro Kopf im Jahr 2000 auf 48 Liter im Jahr 2021. Ein Pflanzendrink ist in Deutschland besonders beliebt: Hafermilch. Sie macht inzwischen 56 Prozent des Gesamtumsatzes an Milchersatzprodukten aus – damit konnte die Hafermilch ihren Marktanteil im Vergleich zu 2020 um 10 Prozentpunkte ausbauen. Das bedeutendste Land für die Produktion pflanzenbasierter Drinks ist Schweden, wo auch der weltweite Marktführer für Hafermilch, Oatly, sitzt.

Milch aus Pflanzen

So viel Prozent der im Jahr 2021 in Deutschland verkauften Milchalternativen wurden auf dieser Basis hergestellt



Sonstige Sorten: u. a. Haselnuss, Cashewnuss, Dinkel

Quelle: Marktforschungsinstitut GfK
© 2022 IW Medien / iwd

iwd